Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 81 (2001)
Heft: 2

Rubrik: Position

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ulrich Pfister

Unnötige EU-Hektik

Es war zu befürchten, dass die bevorstehende Volksabstimmung über die Initiative «Ja zu Europa» zu einer Verwirrung der Geister führen würde. Nachdem Bundesrat und Parlament die Initiative mit guten Gründen zur Verwerfung empfohlen haben, wird nun von der breiten, heterogenen Koalition der Befürworter eine scheinheilig eifernde Kampagne inszeniert, die sich, wenn die Initiative scheitert, erst recht als kontraproduktiv erweisen wird. Dass die Ja-Parole teilweise auch nur aus taktischen Gründen unterstützt wird, um ein schlechtes Abschneiden der Initiative zu verhindern, rückt die Glaubwürdigkeit der betreffenden Politiker und generell der schweizerischen Integrationspolitik in ein diffuses Licht. Sind die unmissverständlichen Aussagen vor der Abstimmung über die bilateralen Verhandlungen bereits in Vergessenheit geraten? Der Souverän hat vor weniger als einem Jahr mit eindrücklicher Mehrheit einer Strategie zugestimmt, die eine sorgfältige Prüfung der Erfahrungen mit diesem komplexen Vertragswerk und allenfalls die Evaluation von Ergänzungen vorsieht, bevor weitere Schritte in Richtung EU-Beitritt unternommen werden. Noch sind die bilateralen Abkommen von der EU nicht einmal ratifiziert, und schon werden vom Bundesrat wieder widersprüchliche Signale ausgesandt. Wenn die EU aus dem geradezu masochistischen Treiben rund um die Initiative eine Schlussfolgerung ziehen will, dann vermutlich die, dass man die Schweiz ziemlich unverschämt unter Druck setzen kann ...

Warum soll ausgerechnet jetzt – und zudem mit einem verfassungsrechtlich hochproblematischen Ultimatum an die Landesregierung – die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU beschlossen werden? Denn darum geht es konkret am 4. März und nicht um ein idealistisches «Ja zu Europa»! Wie üblich wird in der Kampagne der Initianten der Pferdefuss des Begehrens schamhaft kaschiert. Die Regierung würde in Bezug auf das wichtigste Element jeder Verhandlungsstrategie, nämlich die Wahl des optimalen Zeitpunktes, in ihrer Handlungsfreiheit massiv eingeschränkt. Sie müsste noch vor Abschluss des Ratifikationsverfahrens zu den bilateralen Abkommen die Pferde wechseln. Selbst wenn die Verhandlungspartner sich vermutlich wenig Illusionen über ein erfolgreiches Referendum zu einem forcierten Beitrittsbeschluss in wenigen Jahren machen dürften, so würde wohl ihr Appetit nach zusätzlichen Forderungen wachsen – etwa bezüglich Zinsbesteuerung, Amtshilfe und anderen Rosinen. Aus dieser Perspektive ist auch der Wunsch nach einem möglichst knappen Resultat der Abstimmung völlig verfehlt.

Was treibt die Euro-Turbos an, einmal abgesehen von der Lust an einer polarisierten und voraussichtlich gerade darum kontraproduktiven innenpolitischen Auseinandersetzung mit der AUNS und ihrer Gefolgschaft? Wenn man die schillernden Argumentationen näher besieht, so stechen neben den üblichen, die mächtigen ökonomischen Realitäten und politischen Perspektiven in der real existierenden EU ignorierenden, philoeuropäischen Zukunftsvisionen vor allem die Wunschvorstellungen nach verstärktem sozialpolitischem Schutz vor weiterer Liberalisierung und Globalisierung ins Auge. Die SP und die Gewerkschaften setzen ihre Hoffnungen in die höheren europäischen Standards beispielsweise bezüglich Arbeitszeit, Mitbestimmung, Kündigungsschutz, Konsumentenschutz – die höheren Niveaus bei Arbeitslosigkeit, Zinsen und Steuern werden nicht in die Rechnung einbezogen. Dass man bei ökologischen Vorkehren, etwa gegenüber einem sich intensivierenden Transitverkehr und in der Landwirtschaft, oder bei der direkten Demokratie einige Errungenschaften aufs Spiel setzen könnte, wird wohlweislich nicht erörtert. Dem «Fortschritt», der so unbedarft beschworen wird, haftet viel Rückschrittliches an, wenn man in Europa nur den sicheren Hafen sozialstaatlicher Besitzstandswahrung sieht.

Die europäische Integration wird ohne Zweifel langfristig eine ernst zu nehmende Herausforderung für die schweizerische Aussen- und Innenpolitik bleiben. Aber mit einem falschen aussenpolitischen Timing und fragwürdigen innenpolitischen Motiven ist niemandem gedient. Es geht am 4. März nicht um Jetzt oder Nie. Auch nach einem Nein müssen die Optionen offen bleiben und in den nächsten Jahren ohne Hast und mit aller Sorgfalt in der Abwägung der eigenen Interessen geprüft werden. Ob und wann daraus einmal ein Beitritt resultiert, wird nicht heute in Regierungsprogrammen, sondern dereinst durch den Souverän entschieden. ✦